

Kurz zu Medienfreiheit

2015 hat Dunja Mijatović noch den europäischen Medienpreis, die Karlsmedaille gewonnen. Sie war seit 2010 Beauftragte für die Freiheit der Medien der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Nachdem ihre zweite Amtszeit bereits 2016 um ein Jahr verlängert wurde, ist der Posten seit März diesen Jahres vakant.

Das Amt wurde 1997 eingeführt und war seitdem durchgehend besetzt. Erster Inhaber des Postens, der auf eine deutsche Initiative zurückgeht und der in Wien angesiedelt ist, war Freimut Duve. Ihm folgte 2004 der Ungar Miklós Haraszti und dann Dunja Mijatovic, die bei ihrer Abschlussrede vor dem Ständigem Rat der Organisation an Journalist_innen gerichtet appellierte: "Gebt niemals auf; gebt niemals nach." Dem/Der Beauftragten für die Freiheit der Medien kommt innerhalb der OSZE große Bedeutung zu. Sie sind als Institution unabhängig vom Generalsekretariat und dem jeweiligen Vorsitz unterstellt. Und hier liegt ein wichtiges Detail, denn diesen Vorsitz hat zur Zeit der Österreichische Außenminister Sebastian Kurz inne, er ist also direkt dafür verantwortlich, dass die Stelle zur Zeit unbesetzt ist. Zugegeben, die Bestellung ist kein leichtes Unterfangen, sie benötigt die Zustimmung aller 57 Mitgliedsstaaten.

Aufgabe des/der Medienfreiheitsbeauftragten ist es, als Frühwarnsystem innerhalb der OSZE zu agieren, den Mitgliedsstaaten zu helfen, ihre Verpflichtungen zu Meinungs- und Pressefreiheit zu erfüllen. Dazu gehört der Schutz von Journalist_innen und der Einsatz für Medienpluralismus und Internetfreiheit. Der/Die Beauftragte gibt auch Expertisen zu Medienregulierung und -gesetzgebung ab.

Angesichts dieser Aufgaben appellierte der Vorstandssprecher und Gründungsmitglied von Reporter ohne Grenzen Deutschland, Michael Rediske, an die OSZE Staaten, endlich einen/e geeignete/n Nachfolger_in zu finden. Angesichts der beispiellosen Angriffe auf Medien und Journalist_innen weltweit sei die Arbeit des/der Medienbeauftragten so wichtig wie nie zuvor. Auch die außenpolitische Sprecherin der österreichischen Grünen, Tanja Windbüchler-Souschill, gibt angesichts der Vakanz zu denken, dass auch in Mitgliedsländern der OSZE die Pressefreiheit mit Füßen getreten wird. Dass es bislang nicht gelungen ist, eine Nachfolge zu finden, sei ein katastrophales Zeichen, wenn man die momentanen Entwicklungen, etwa in der Türkei, sieht. Sie gehört zu den Ländern mit den meisten inhaftierten Journalist_innen

weltweit. Nach dem Putschversuch im Juli 2016 wurden weit über 100 Journalist_innen verhaftet, rund 150 Medien geschlossen und mehr als 700 Presseausweise annulliert. Kritische Journalist_innen stehen unter Generalverdacht. Die wenigen noch verbliebenen unabhängigen Medien arbeiten in ständiger Angst. Wiederholt wurde ausländischen Journalist_innen die Akkreditierung verweigert, oder die Einreise verwehrt. Daneben ersticken die politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen vieler wichtiger Medienbesitzer_innen eine kritische Berichterstattung im Keim.

Das "International Press Institute" (IPI), eine transnationale Interessensvertretung von Journalist_innen, aber auch Herausgeber_innen und Medienorganisationen mit Mitgliedern aus 115 Staaten, drängt mit Nachdruck auf eine Neubesetzung des/der Beauftragten für die Freiheit der Medien. Der freie Austausch von Nachrichten und Meinungen sei ein fundamentaler Pfeiler der Demokratie, sowie für die Sicherheit und Stabilität, weiters helfe er Radikalisierungen zu verhindern, so Barbara Trionfi, die Geschäftsführerin von IPI. Ohne die Position des/der Beauftragten für die Freiheit der Medien werde die Arbeit der OSZE massiv geschwächt.

Bei einer Diskussion der OSZE zu Medienfreiheit am West-Balkan Ende Februar, meinte Sebastian Kurz, dass eine unabhängige, professionelle und pluralistische Medienlandschaft, basierend auf Meinungsfreiheit, ein Kernelement für eine starke Demokratie sei und dass freie Medien zum Schutz anderer Menschenrechte unerlässlich seien. Nachdem im Mai Kritik an der OSZE Führung durch Sebastian Kurz laut geworden ist – er benutze den Vorsitz als Bühne für seinen Wahlkampf - ist zu hoffen, dass der österreichische Außenminister in seiner einjährigen Amtszeit genügend Engagement in die Nachbesetzung des/der Beauftragten für die Freiheit der Medien setzt.

FREIRAD